

Wiedervereinigung um jeden Preis

Korea zwischen außenpolitischer Anpassung und innenpolitischer Härte

Die politischen Fronten in Asien geraten immer mehr ins Wanken. Das geteilte Korea, bis vor wenigen Monaten noch als potentieller neuer Kriegsschauplatz im Fernen Osten angesehen, macht in den letzten Wochen immer mehr von sich reden. Es fällt schwer, bei den dort zu beobachtenden Richtungsänderungen und überraschenden Maßnahmen langfristige Prognosen zu stellen oder brauchbare Deutungen zu bieten. Was gestern noch unmöglich erschien und hohe Gefängnisstrafen zur Folge hatte, ist heute offizielle Regierungspolitik. Wo gestern noch Haß und Feindschaft vorherrschten, ist man heute in einen „Dialog“ eingetreten. „Wiedervereinigung“ ist das entscheidende Wort, auf das hin sich plötzlich alles ausrichtet, mit dem alle Entscheidungen begründet werden. Allerdings wurden mit Hinweis auf dieses angestrebte Ziel soeben auch in Nord- und Südkorea die Verfassungen — teilweise einschneidend, — geändert. Der südkoreanische Präsident *Park Chung Hee* proklamierte unter diesem Vorwand sogar am 17. Oktober das Kriegsrecht. Die bei ähnlichen Anlässen früher üblichen heftigen Proteste des Nordens hielten sich diesmal in Grenzen, und die Kontaktgespräche zwischen führenden Vertretern beider Regierungen wurden anscheinend sogar erfolgreich fortgeführt. Dies legt ein stillschweigendes Arrangement nahe. Was aber steckt hinter diesem „beinahe unglaublichen Theatercoup“? (Die Weltwoche, 12. 7. 72)

Korea und die Fernostpolitik der Großen

Das seit 1945 geteilte und seit dem Korea-Krieg (1950 bis 1953) verfeindete Land hat sich in den vergangenen 27 Jahren total auseinandergeliebt. Es gab weder schriftliche noch mündliche Kontaktmöglichkeiten, keine Besuche oder sonstige Verständigungen. Die hermetisch abgeriegelte Grenze am 38. Breitengrad galt als unüberwindbar. Obwohl 10 Millionen der rund 50 Millionen Koreaner Familienangehörige im jeweils anderen Teil haben, fehlt bis heute jede Verbindung zwischen ihnen. Entsprechend der eigentlich nur zum Zwecke der Beaufsichtigung der japanischen Kapitulation auf koreanischem Boden 1945 geschaffenen Aufteilung des Landes in eine Interessensphäre der Sowjetunion im Norden und der USA im Süden entwickelten sich beide Teile schon sehr bald im Gefolge der Ost-West-Differenzen unter völlig gegensätzlichen Vorzeichen. In der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ (DVRK) im Norden entwickelte mit sowjetischer Unterstützung *Kim Il Sung* einen eigenständigen sozialistischen Weg (vgl. Nordkoreas Kommunismus zwischen Moskau und Peking, in HK, August 1969, 365 ff.), während sich in der „Republik Korea“ in mehrfachem Wechsel verschiedene Persönlichkeiten um die Verwirklichung eines von den USA inspirierten freien und demokratischen Staates als Gegenpol und Alternative bemühten (vgl. Südkoreas Entwicklungskrise, in HK, November 1969, 513 ff.). Es konnte nicht ausbleiben, daß die Auflösung der starren Fronten zwischen den Supermächten, der überraschende

Besuch des amerikanischen Präsidenten *Nixon* in Peking, die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen sowie die Annäherung Japans an China und neuerdings sogar an Nordkorea Auswirkungen auf das Verhältnis der beiden koreanischen Teilstaaten zur Folge haben würde. Sowohl der Norden als auch der Süden scheinen jetzt von der Furcht getrieben zu sein, die Großmächte könnten ein böses Spiel mit ihnen treiben und bisher garantierte Sicherheiten verweigern.

Seit August 1971 wurde die Abkehr von überkommenen Klischees im Gegeneinander der beiden verfeindeten Lager Koreas sichtbar. Was sich aus diesen zunächst zaghaften Ansätzen, auf der Ebene von Rot-Kreuz-Gesprächen über humanitäre Erleichterungen zu sprechen, mittlerweile entwickelt hat, ist besonders angesichts der bis dahin kompromißlosen Bedingungen beider Seiten für ein Gespräch mehr als überraschend. Zwar machen sich Nord und Süd bisher noch die „Urheberrechte“ für diesen Neubeginn streitig, doch kann bereits jetzt festgehalten werden, daß bei der nun begonnenen Annäherung beide Seiten über ihren Schatten springen mußten, daß beide einen Gesichtverlust riskierten und sich auf ein Abenteuer eingelassen haben, dessen Ausgang und Folgen für die jeweilige Bevölkerungsgruppe momentan noch völlig offen sind. Jahrzehntelang verhinderten ideologische Sperren jeden Dialog in Korea, erst jetzt unter dem Eindruck der Gefahr einer übergroßen Abhängigkeit von fremden Mächten konnte auf beiden Seiten wieder das traditionelle koreanische Nationalbewußtsein durchbrechen, kamen der Wunsch nach Zusammengehörigkeit und der Wille zur Unabhängigkeit wieder erklärtermaßen zum Vorschein.

„Wiedervereinigung“ nach nordkoreanischem Vorbild

Seit Jahren hatte *Kim Il Sung* keine Gelegenheit ausgelassen, um von der Wiedervereinigung zu reden. Das koreanische Volk habe „als eine einheitliche Nation nur einen Staat und eine Regierung. Der einzige Staat für die koreanische Nation ist die Koreanische Volksdemokratische Republik, und nur die Regierung der KVDR repräsentiert die nationalen Interessen und den Willen des ganzen Volkes von Nord- und Südkorea.“ Dies erklärte *Kim Il Sung* noch anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der KVDR am 7. September 1968. Als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung nannte er bei der gleichen Gelegenheit aber „die Vertreibung des USA-Imperialismus, die Krönung der volksdemokratischen Revolution durch den Sieg in Südkorea und die Macht in den Händen des Volkes“. Es sei „nicht mehr als eine naive Illusion, zu denken, daß die südkoreanische Bevölkerung durch irgendein friedliches Mittel, ohne gewaltsamen Kampf, die Macht erlangen“ könne.

Am 24. Juni 1970 klang seine Diktion bereits anders. Von gewaltsamem Vorgehen ist seitdem kaum noch die Rede.

Damals machte Kim Il Sung den Vorschlag, als Vorstufe der Wiedervereinigung eine Konföderation zu bilden. Und im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas an den V. Parteitag am 2. November 1970 nannte er die „Vereinigung des geteilten Vaterlandes die größte nationale Aufgabe des gesamten koreanischen Volkes und die aktuellste Aufgabe, deren Verwirklichung nicht den geringsten Aufschub duldet“. Er knüpfte allerdings an die Überlegungen zu dem sogenannten „Plan der friedlichen Vereinigung“ Südkoreas die Bemerkung an, es sei zu fragen, „ob man ein Gespräch über das Problem der Vereinigung des Landes überhaupt mit solchen Erzverrättern führen kann...“ An eine friedliche Vereinigung sei gar nicht zu denken, „wenn die Aggressionstruppen des USA-Imperialismus und die derzeitigen Marionetten wie jetzt in Südkorea bleiben“.

Am 12. April 1971 schließlich präsentierte die Oberste Volksversammlung die nordkoreanische Wiedervereinigungskonzeption in 8 Punkten: Abzug der US-Truppen aus Südkorea, Verringerung der nord- und südkoreanischen Armee auf je 100 000 Mann (derzeit 500 000 im Norden und 600 000 im Süden bei ca. 15 Millionen Bewohnern im Norden und 36 Millionen im Süden), Annullierung der Normalisierungs- und Verteidigungsverträge zwischen Südkorea und Japan bzw. den USA, Errichtung einer Zentralregierung durch allgemeine freie und demokratische Wahlen in Nord und Süd, volle Freiheit für alle politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und einzelne Persönlichkeiten zur Ermöglichung der freien Wahlen sowie Entlassung aller „politischen und patriotischen Inhaftierten in Südkorea“, als Übergangsmaßnahme ein Föderationssystem, Austausch und Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport, schließlich zur Erörterung dieser Probleme Einrichtung einer süd- und nordkoreanischen politischen Konsultativkonferenz (nach *M. Y. Cho*, in: *China aktuell*, Juli 1972).

Vom Tabu zur höchsten Pflicht

Auch in Südkorea fühlte man sich bisher als einzige legitime Vertretung aller Koreaner. Dabei verwies man besonders auf die Durchführung von Wahlen unter der Aufsicht der UN, eine Prozedur, die der Norden seinerzeit untersagt hatte. Bis vor kurzem glaubte man, die Wiedervereinigung durch Selbsterstörung des Regimes im Norden und durch zunehmende Attraktivität des Südens erreichen zu können. Man baute auf Bündnisse mit den USA und Japan, während man gleichzeitig die allgemein verbreitete Angst vor einem erneuten kriegerischen Angriff aus dem Norden zur Beschränkung verschiedener Grundrechte ausnutzte.

Das Wort „Wiedervereinigung“ („Tongil“) allein war praktisch schon ein Tabu. Jeder Versuch zur Kontaktaufnahme auch rein privater Art mit Verwandten im Norden galt als Landesverrat. Der Antikommunismus, fixiert im sehr weit auslegbaren Antikommunismus-Gesetz von 1961, bestimmte noch bis vor wenigen Wochen die Grundausrichtung südkoreanischer Politik. Im Sommer 1970 ließ die Regierung Park Chung Hees erstmals seit 1948 Besucher aus einem kommunistisch regierten Land einreisen, um am internationalen PEN-Kongreß teilnehmen zu können. Ab 1971 wurde zudem der Versuch beobachtet, zunächst im Bereich des Handels die völlige Abgrenzung von kommunistischen Län-

dern aufzugeben und der drohenden weltweiten Isolierung zu entgehen. Im Innern des Landes jedoch hielten die Behörden an der unversöhnlichen Politik gegenüber Befürwortern einer Kontaktaufnahme mit Nordkorea fest. So wurde der Vorsitzende der kleinen sozialistischen Partei USP, *Kim Chul*, noch am 24. August 1971 verhaftet, weil er sich für eine Anerkennung Nordkoreas eingesetzt und damit gegen das Antikommunismus-Gesetz verstoßen habe.

Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits vier Gespräche zwischen Vertretern des nord- und südkoreanischen Roten Kreuzes über die Aufnahme von Vorverhandlungen über die Zusammenführung getrennter Familien und andere humanitäre Maßnahmen im geteilten Land stattgefunden. Diese vorbereitenden Sitzungen fanden vom 20. September 1971 bis zum 11. August 1972 genau 25mal statt, bevor sich am 30. August Vertreter beider Rot-Kreuz-Gesellschaften in Nordkorea und am 13. September in Südkorea trafen. Seitdem werden diese Gespräche regelmäßig fortgesetzt.

Im April vorigen Jahres hatte der Oppositionsführer *Kim Dae Jung* im Grunde genau das gefordert, was Park Chung Hee nun zu seiner Politik proklamiert hat. Am 15. August 1971 sprach er erstmals von „nationaler Selbständigkeit“, obwohl er auch damals noch die These von der „einzig legalen Regierung der koreanischen Halbinsel“ vertrat.

Seither ist fast jeder Schritt in Richtung Norden mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Rechte der Bevölkerung im Süden verbunden. Während die Rot-Kreuz-Gespräche bereits angelaufen waren und wahrscheinlich auch bereits engere Fäden mit Präsident Kim Il Sung geknüpft waren, rief Park Chung Hee am 7. Dezember 1971 den Notstand aus mit der Begründung, ein Angriff aus dem Norden stehe unmittelbar bevor. Der Staatspräsident erklärte, er teile nicht die „idealistische“ Auffassung, daß die Bedrohung durch einen Angriff Nordkoreas nicht gegeben sei. Die Aufnahme der Volksrepublik China in die UN nannte er als einen weiteren Grund für die Maßnahme. Wahrscheinlich rechnete er damit, daß Peking unverzüglich die Auflösung der Korea-Kommission der Vereinten Nationen und damit den Rückzug der unter der UN-Flagge seit dem Korea-Krieg im Land verbliebenen US-Truppen (zur Zeit ca. 40 000) fordern könnte. Damit wäre allerdings ein militärisches Vakuum entstanden, in das der Norden mit seiner größeren Kampfkraft hätte einströmen können. Der Hauptzweck der Notstandserklärung dürfte aber gewesen sein, den „Tauwetterillusionen“ (NZZ, 11. 12. 71) der Bevölkerung entgegenzuwirken, die sich nach den unerwarteten Gesprächen mit dem Norden in großem Maße zeigten.

Die Überraschung vom 4. Juli

Die erstaunte Öffentlichkeit in Korea und der Welt erfuhr am 4. Juli dieses Jahres dann plötzlich durch gleichzeitige Veröffentlichung eines Kommuniqués in Nord- und Südkorea, daß höchste Regierungsvertreter in den jeweiligen Hauptstädten zu Geheimgesprächen zusammengekommen seien, um Maßnahmen für die Überwindung der Teilung zu beraten. Ausgerechnet der Chef des südkoreanischen Geheimdienstes, *Lee Hu Rak*, der für die strikte Durchführung des Antikommunismus-

Gesetzes verantwortlich zeichnete, und der zweite Mann in Nordkorea, *Kim Jounng Joo*, ein jüngerer Bruder von Kim Il Sung, hatten diese Vereinbarung ausgehandelt. Die wichtigsten Punkte lauteten: 1. Die Vereinigung soll ohne Druck oder Einmischung von außen durch eigenständige koreanische Bemühungen erreicht werden, 2. zur Erreichung dieses Ziels sollen ausschließlich friedliche Mittel eingesetzt werden, 3. oberstes Ziel bei allen Differenzen in Ideologie und System solle ein homogenes Volk, eine große nationale Einheit sein (nach: Korea Newsreview, 21. 10. 72).

Die Errichtung eines „heißen Drahts“, die Aufgabe von Diffamierung und bewaffneter Provokation, die Kooperation auf verschiedenen Gebieten und als wichtigstes die Gründung eines gemeinsamen ständigen Koordinations-Ausschusses waren weitere Ergebnisse der Geheimverhandlungen. Seither gehen die Bemühungen um Erleichterungen und Annäherung parallel bei den Rot-Kreuz-Gesprächen und den Treffen des Koordinations-Ausschusses weiter.

Die Aussagen über Erfolg oder Mißerfolg dieses begonnenen Dialogs sind teilweise sehr widersprüchlich. Während der südkoreanische Ministerpräsident *Kim Jong Pil* unmittelbar nach Veröffentlichung des Kommuniqués davon sprach, man müsse Geduld haben, bis einer dem anderen trauen könne, drückte Park Chung Hee nur einen Monat später die Überzeugung aus, die Wiedervereinigung sei „in naher Zukunft“ zu erwarten und man habe es mit dem „Beginn einer neuen Ära der Hoffnung“ zu tun. Die bisherigen Kontakte sind allerdings nicht ohne Mißverständnisse und Schwierigkeiten abgelaufen. Die Diskussion über die Frage, ob das Thema Korea auf der UN-Vollversammlung behandelt werden solle, blockierte einige Zeit lang den festgelegten „Fahrplan“ der Gespräche. Erst nachdem sich die Mehrheit gegen eine augenblickliche Behandlung zur Vermeidung eines Eingriffes in die schwebenden Gespräche ausgesprochen hatte, gingen die Kontakte in Korea weiter. Auch über die Zusammensetzung der Gremien und die Themenausweitung herrschte lange Zeit Uneinigkeit. Schließlich gab Südkorea in einzelnen Punkten nach. Doch verglichen mit den Abstrichen, die Nordkorea machen mußte, waren diese im Grunde geringfügig. Dieses mußte wohl oder übel auf seine Propaganda-Forderung verzichten, vor Beginn von Gesprächen müßten die US-Truppen zurückgezogen und das „Marionetten“-Regime Park Chung Hees ausgewechselt sein. Schließlich erreichte der Süden sogar vom Norden die Annahme seiner Grundbedingung, daß nämlich zunächst eindeutig der Gewaltverzicht ausgesprochen werden müsse.

Konkrete Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen liegen noch nicht vor. Immerhin aber ist anzuerkennen, daß man sich auf die Bildung von Ausschüssen geeinigt hat, die sich mit den politischen, wirtschaftlichen, militärischen, diplomatischen und sozialen Aspekten einer Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten beschäftigen sollen. Ferner einigte man sich auf eine sofortige Einstellung der Propagandasendungen im Rundfunk und auf den Gebrauch der jeweils offiziellen Staatsbezeichnungen. Noch aber scheint der Weg von der früheren „Konfrontation ohne Dialog“ über die jetzige „Konfrontation mit Dialog“ (so Lee Hu Rak) hin zu einem „Dialog ohne Konfrontation“ sehr weit zu sein.

Kriegsrecht und neue Verfassung im Süden

Am 17. Oktober hatte Präsident Park Chung Hee eine neue, wenig erfreuliche Überraschung für die Südkoreaner parat. In einer ausführlichen Erklärung versuchte er, seinen Landsleuten „eine bedeutende Entscheidung meinerseits für einen ehrenvollen Weg im Verlauf der nationalen Geschichte“ anzukündigen. Er betrachte sie als eine Antwort auf die „glühenden Erwartungen des koreanischen Volkes für Frieden, Wiedervereinigung und Wohlstand unseres Vaterlandes“. Die internationale Lage habe eine gefährliche Situation heraufbeschworen, in der früher verlässliche Partner und Sicherheitssysteme in Frage gestellt würden und die mehr als je zuvor Eigeninitiativen verlangten.

Fast im gleichen Atemzug sprach er den „unverantwortlichen Parteien“ die Fähigkeit ab, in dieser Stunde des beginnenden Dialogs „den Sinn für die nationale Mission“ aufzubringen. „Was könnten wir wirklich von diesen politischen Parteien und von der repräsentativen Institution erwarten?“ Damit verband er die Auffassung, im institutionellen Bereich sei eine grundlegende „Reformation“ notwendig, die allerdings nicht mit „normalen Maßnahmen“ durchgeführt werden könnte: „Als Präsident dieser Republik, der das nationale Gewissen repräsentiert, habe ich mich zur treuen Durchführung der mir anvertrauten Mission entschlossen und werde eine Strukturreform mit außerordentlichen Maßnahmen durchführen.“ Nur so sei ein genügender Rückhalt für den Nord-Süd-Dialog und für die Anpassung an die sich rasch ändernden politischen Gegebenheiten geboten (vgl. den Wortlaut in: Korea Bulletin, 17. 10. 72). Das ausgesprochene *Kriegsrecht* solle für ca. 2 Monate gelten, und bis zum 27. November müßte das Volk über einen *neuen Verfassungsentwurf* abgestimmt haben. Der Präsident, der sich in diesem Entwurf bisher kaum gekannte eigene Rechte einräumt, wies dennoch in seiner Erklärung darauf hin, daß man wohl kaum ein besseres System als das freie demokratische finden könne. Doch sei es verwundbarer als irgendein anderes System, wenn es nicht mit der Möglichkeit zum Selbstschutz ausgestattet sei.

Die fast uneingeschränkten Rechte des Präsidenten, dem neben einem Staatsrat und einer zwischen 2000 und 5000 Mann starken „National-Konferenz für Vereinigung“ noch eine in ihren Rechten stark beschnittene Nationalversammlung zur Verfügung steht, lassen im Grunde alle Möglichkeiten für eine diktatorische Regierung Park Chung Hees offen, besonders weil ihm für alle möglichen Sonderfälle, die nicht näher abgegrenzt sind, Sondervollmachten zugebilligt werden.

Mit dieser neuen Verfassung schafft er sich zudem ein Instrument, um theoretisch bis ans Lebensende Präsident zu bleiben. Nach der bisherigen Verfassung wäre seine Amtszeit unwiderruflich in zwei Jahren abgelaufen, nachdem er sich zuletzt durch Manipulation eine dritte Amtsperiode gesichert hatte. Ab jetzt sollen die Amtsperioden statt vier nun sechs Jahre dauern und eine beliebig häufige Wiederwahl möglich sein.

Die wichtigste Neuerung, die sicherlich Zustimmung bei weiten Bevölkerungsteilen finden wird, ist die mehrfache Verwendung des Begriffs der Verpflichtung zur Arbeit für die Wiedervereinigung des Landes (vgl. Draft Amend-

ments to the Constitution of the Republic of Korea, Seoul, 1972). Die raffinierte Verknüpfung von Zustimmung zur Verfassungsänderung und Zu- oder Absage an den begonnenen Dialog mit dem Norden machte den Wählern die Entscheidung am 21. November besonders schwer. Park Chung Hee hat nämlich in seiner Ansprache vom 17. Oktober ausdrücklich erklärt, daß er eine Ablehnung der Eingabe als Absage an den Dialog mit dem Norden betrachten werde — nicht aber als Absage an sein Regime. Den Dialog mit dem Norden wünschen jedoch die meisten Südkoreaner — allerdings ohne gleichzeitige Beschränkung ihrer eigenen Rechte. Bisher konnten sie gerade auf diese verweisen und somit den Gegensatz zum Norden verdeutlichen. Nun häufen sich die Fragen, wodurch sich Nord- und Südkorea nach der in Aussicht gestellten Knebelung eigentlich noch unterscheiden werden.

Colleges und Universitäten sind vorläufig geschlossen, das gesamte Pressewesen unterliegt einer Zensur, Versammlungen und Demonstrationen sind untersagt, die Verbreitung von Gerüchten ist verboten, ein Ausgehverbot ist erlassen, Verletzungen der Anordnung können ohne Urteil mit Verhaftung geahndet werden. Wie unter diesen Umständen eine echte Wahlentscheidung gefällt werden soll, ist nicht zu sagen. Jegliche Kritik muß verstummen, Politiker der Opposition, Studenten und Intellektuelle sind zum Schweigen verurteilt.

Aber auch in anderen Bevölkerungsteilen wachsen *Unruhe* und *Unzufriedenheit*. Von dem Wahlversprechen, Korruption solle ausgeschaltet werden, ist bis heute nichts zu merken, die Preise laufen davon, die Arbeitslosigkeit wächst ebenso wie die Wohnungsnot. Zwar ist der wirtschaftliche Aufschwung seit Park Chung Hees Macht ergreifung im Jahre 1961 unverkennbar, doch gelang es ihm nicht, die Diskrepanz zwischen Stadt und Land zu beseitigen. Die Landbevölkerung verarmt immer mehr, viele sehen als einzigen Ausweg die Abwanderung in die Städte, wo sie die Arbeitslosigkeit vergrößern und in den ohnehin überfüllten Slums Unterschlupf suchen.

Maßnahmen auf dem internationalen Währungsmarkt trafen das stark von den USA und Japan abhängige Land sehr. Allein im letzten Jahr hatte Korea eine Inflationsrate von mehr als 15% zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel um nahezu 30%. Der Preis des Hauptnahrungsmittels Reis hat sich fast verdoppelt, nicht zuletzt deshalb, weil Südkorea derzeit nur noch ca. 80% des eigenen Reisbedarfs selbst decken kann. Versäumnisse der vergangenen Jahre machen sich für alle unangenehm bemerkbar. Doch davon ist in den offiziellen Regierungserklärungen der vergangenen Monate kaum die Rede. Die einzige Hoffnung zur Besserung der Lage speziell der Landbevölkerung scheint die „Neue-Gemeinde-Bewegung“ zu bieten, die vom Präsidenten zur Hebung der Agrarproduktion und zur gleichzeitigen Formierung der Bauern im Sinne der Regierung gegründet wurde. Ein Vorbild für die Bewohner des Nordens ist Südkorea damit keineswegs mehr ohne Einschränkung. Schließlich kommen fast zur gleichen Zeit von dort Berichte über beachtliche Erfolge in Industrie und Landwirtschaft.

Unklar ist noch die Motivation für eine dort beschlossene Verfassungsänderung fast parallel zur Initiative im Süden. Die nordkoreanische Führung hat es verstanden, in den letzten Jahren sich so überzeugend von politi-

scher Bevormundung anderer Staaten oder Parteien „freizuschwimmen“, daß sich diesmal nicht das inzwischen vielfach eingespielte Schema der Übertragung des sowjetisch-chinesischen Streits auf die Auseinandersetzungen um ein anderes Land wiederholte. Mit dem von Kim Il Sung seit Jahren propagierten und verwirklichten Weg der „Juche“-Ideologie, die dazu aufruft, die koreanische Revolution selbst zu meistern durch Selbstbestimmung in der Politik, Selbständigkeit in der Wirtschaft und Selbstverteidigung im Wehrwesen, hat es das Land geschafft, die Balance zwischen Moskau und Peking zu halten, ja deren Rivalitäten für sich zu nutzen. Die Reaktionen auf die Gespräche mit dem Süden waren deshalb in der chinesischen und sowjetischen Presse wohl auch zurückhaltend positiv. Russen und Chinesen als Nachbarn werben um die Gunst, ein Eingreifen einer der beiden Mächte verhindern sie gegenseitig. In diesem Machtdreieck Moskau-Peking-Tokio, das in der Geschichte Koreas abwechselnd bestimmend (durch Eroberung und Bevormundung) war, könnte sich erweisen, daß auch kleine Länder bei geschicktem Taktieren und mit Einsatz traditionellen National- und Selbstbewußtseins ihren eigenen Weg entwickeln können.

Spannungen zwischen Kirche und Staat

Man muß wohl davon ausgehen, daß im Norden kaum mehr kirchliche Aktivitäten nachzuweisen sind. Kardinal S. H. Kim von Seoul beschrieb in einem Interview mit Radio Vatikan am 25. Oktober 1972 die Kirche Nordkoreas als eine „wahrhaft schweigende Kirche“. Er fügte hinzu: „Was den Norden betrifft, so wissen wir nichts.“ Südkoreanische Journalisten, die die Rot-Kreuz-Delegation nach Nordkorea begleiteten, schlossen aus dem Gespräch mit einem ehemaligen Pastor der presbyterianischen Kirche und heutigen hohen kommunistischen Funktionär, der gleichzeitig Onkel des Ministerpräsidenten Kim Il Sung ist, daß es keinerlei organisierte Kirche mehr gibt. In den Provinzen allerdings könnten eventuell noch unregelmäßige Versammlungen von Christen möglich sein (vgl. Christianity today, Oktober 1972).

Im Süden dagegen erfreuten sich die Religionsgemeinschaften bis vor kurzer Zeit großzügiger Freiheit bei teilweise weitgehendem Einfluß und überraschend großer Toleranz. Erst die politischen Entwicklungen der vergangenen Monate machten zunehmende Spannungen deutlich. Von den rund 37 Millionen Einwohnern des Südens sind zwar nur ca. 850 000 Protestanten und 790 000 Katholiken, doch zählen die Christen im Gegensatz zu den anderen religiösen Gruppierungen zu den aktivsten Gemeinschaften nicht nur Koreas, sondern Asiens. Dennoch haben sie es oft nicht leicht unter einer Bevölkerung, die nach einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung der von Jesuiten geleiteten Sogang-Universität sich zum größten Teil als atheistisch bezeichnet (NC News Service, 6. 3. 72).

Die Protestanten hatten früher ihre Hochburgen im heutigen Nordkorea. Im Süden finden sich deshalb — ähnlich wie bei den Katholiken — zahlreiche Flüchtlinge mit einer ganz besonderen Mentalität. Die damit in der Vergangenheit verbundene allzu enge Bindung der Kirchen an die südkoreanische Regierung wirkt sich bis heute schädlich aus. In einer Art „Selbstkritik“ nannte *Wi Jo Kang* in „Christian Century“ (16. 8. 72) als zusätzliche

Handicaps für die Versöhnungsarbeit der Protestanten die Tatsache, daß die „Kirchenführer besessen sind vom Sektierertum, kirchlicher Machtpolitik und blinder Loyalität zu den denominationalen Traditionen, die vom Westen im 19. Jahrhundert übernommen wurden“. Wegen angeblicher prokommunistischer Tendenzen in der ökumenischen Arbeit würden sich zudem viele Kirchen nicht auf dieses „Risiko“ einlassen. Insgesamt beurteilt der Autor die augenblicklichen Möglichkeiten, von protestantischer Seite die Versöhnung mit dem Norden zu forcieren, sehr negativ.

Die Spannungen zwischen den Katholiken und der Regierung dagegen entstanden größtenteils aus innenpolitischen Motiven. Im Oktober 1971 solidarisierte sich Bischof *D. Tji Hak Soun* von Won Ju mit Demonstranten, die sich gegen Korruption und soziale Benachteiligung wandten. Am 14. November veröffentlichte dann die Bischofskonferenz ein gemeinsames Hirtenschreiben, in dem sie Gerechtigkeit forderte, die auf den zwei Grundpfeilern Gemeinwohl und Würde des Menschen ruhen müsse. Sie stellten zwar die beachtlichen Erfolge beim Wirtschaftswachstum heraus, verhehlten aber auch nicht, daß die soziale Entwicklung nicht Schritt gehalten habe und daß viele Bürger, vor allem Bauern und Fischer, nicht den ihnen gebührenden Anteil an den Früchten dieses wirtschaftlichen Fortschritts erhalten haben. Sie prangerten Korruption und Unehrllichkeit sehr scharf an. Die Reaktion war entsprechend. Die Regierung bezog einige Angriffe auf sich.

Seitdem ist ein regelrechter „Kleinkrieg“ zu verzeichnen. Die Abgesandten des Geheimdienstes notieren Predigtäußerungen und beobachten alle kirchlichen Aktivitäten. Äußerst kritische Anmerkungen von Kardinal *S. H. Kim* während der Christmette zu den soeben verkündeten Notstandsmaßnahmen leiteten eine Reihe von Auseinandersetzungen ein. Das staatliche Fernsehen schaltete sich sofort aus der Direktübertragung aus. Der Kardinal hatte darauf verwiesen, daß sicherlich das ganze Volk die nationale Einheit wünsche, doch sei Diktatur in irgendeiner Form nur ein Hindernis auf diesem Weg. Reformen seien wichtiger als das Gerede von Revolution und die Stärkung der Staatsführung. In der Folgezeit kam es zum Verbot einer katholischen Zeitschrift wegen der Veröffentlichung eines kritisch gemeinten, zweideutigen Gedichts, und Kardinal Kim bemängelte in einer Osteransprache das Fehlen eines Dialogs zwischen der Regierung

und dem Volk. Bei einem „Gebetsfrühstück des Präsidenten“ am 1. Mai, zu dem Vertreter der Regierung, des öffentlichen Lebens und der Kirchen geladen waren, gab Kardinal Kim der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Staatsmänner nicht von Eigeninteresse, Gruppen- oder Parteiinteresse oder gar von Machthunger leiten lassen. Auch diese Anspielung dürfte nicht gerade mit Freude aufgenommen worden sein.

Die Kritik von Kardinal Kim

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen am 15. August. Anlässlich des an diesem Tag begangenen Gedächtnisses der Befreiung Koreas von japanischer Vorherrschaft vor 27 Jahren hatte Kardinal Kim eine Erklärung vorbereitet, in der er den Präsidenten der Anwendung von Polizeimethoden bezichtigte. Der Kardinal sprach sich gegen den Fortbestand des Ausnahmezustandes und die ständige Macht- ausweitung des Präsidenten aus. Die Kontakte zwischen Nord- und Südkorea stellen seiner Meinung nach eher den Versuch der Konsolidierung der Position Parks als einer echten Versöhnung mit dem Norden dar. Diktatur und Nachahmung der kommunistischen Methoden könnten dem Süden nur schaden. Die Erklärung wurde vom koreanischen Geheimdienst sofort beschlagnahmt und durfte im Lande selbst nicht veröffentlicht werden (NC News Service, 16. 8. 72).

Seitdem hat sich der Kardinal mit Äußerungen sehr zurückgehalten. Auch von den anderen Bischöfen ist bisher keine Stellungnahme zu den jüngsten Vorgängen bekannt geworden. Lediglich aus mündlichen Äußerungen läßt sich entnehmen, daß nicht alle Bischöfe in allen Punkten mit der Haltung von Kardinal Kim übereinstimmen. Es könnte sein, daß sich in der Frage der Annäherung an den Norden und der neuen politischen Strukturen in Zukunft auch innerkirchliche Spannungen entwickeln. Die Angst vor dem Abbau freiheitlicher und demokratischer Substanz im Süden und die Angst vor einer Überrumpelung durch den Norden sind nicht zu übersehen. Das gleichzeitige Bestreben nach Wiedervereinigung oder gar Versöhnung macht jede Entscheidung in dieser Frage sehr schwer. Wichtig für die Zukunft des Landes erscheint aber das unermüdliche Pochen der Kirche auf soziale Gerechtigkeit und überzeugende Demokratie.

Das Dokument

Die anglikanisch-lutherischen Lehrgespräche

Bericht des gemeinsamen Studienausschusses

Am 24. Juli wurde der Schlußbericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, den der anglikanisch-lutherische Studienausschuß für gemeinsame Lehrgespräche nach längerer Vorbereitung in vier Sitzungen seit September 1970 erarbeitet hat. Die Abschlusssitzung fand im April 1972 in Pullach/München statt. Der Bericht ist in vier Teile gegliedert: Einleitung, theologische Überlegungen, Empfehlungen, persönliche Stellungnahmen des an-

glikanischen und des lutherischen Vorsitzenden. In der Einleitung wird nach einem Überblick über die Entstehungsgeschichte des Dokuments der Hauptgrund genannt, der zur Abfassung des Berichts führte: „Das gegenseitige Verständnis entwickelte sich, eine tiefe geistliche Gemeinschaft wächst und damit ein starkes Verlangen, eine so weitreichend wie nur mögliche Übereinstimmung zum Ausdruck zu bringen. Diejenigen, die wir vertreten,